

IPG

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren,

es ist gut und richtig, dass die niedersächsische Kommunalverfassung ein Bürgerbegehren ermöglicht.

Wir fordern immer wieder bürgerliches Engagement. Hier ist es nun einer Initiative gelungen, innerhalb kürzester Zeit über 11.000 Unterschriften für den Erhalt und die Sanierung der Eissporthalle in Nordhorn zu sammeln.

Dieses Verhalten verdient höchste öffentliche Anerkennung und auch eine öffentliche Debatte über ihr Anliegen.

Für mich und auch andere stellt sich die Frage, warum wählen die Menschen den Weg eines Bürgerbegehrens?

Wir leben doch in einer repräsentativen Demokratie. Wir Mitglieder eines Kommunalparlaments sind von den Bürgern*innen gewählt, um ihre Interessen zu vertreten und Entscheidungen in ihrem Sinne zu treffen. Das müsste doch eigentlich reichen.

Für mich bedeutet aber diese Initiative, dass viele Bürger*innen Vertrauen in die Politik, insbesondere in einige gewählte Politiker, verloren haben. Man traut den Versprechungen insbesondere der Mehrheitsfraktion nicht mehr, die Eissporthalle zu erhalten,

Wohl wissend, dass der Kreis über Jahre die Eissporthalle sträflich vernachlässigt hat, obwohl er selbst alleiniger Eigentümer dieser Halle ist, tauchen völlig überzogene Forderungen und Bedingungen auf. Wenn die Stadt Nordhorn sich nicht mit 50% an den Sanierungskosten beteiligt, so wird aus der Sanierung nichts. Die Mehrheit im Kreistag und Verwaltung, schieben den „Schwarzen Peter“ der Stadt Nordhorn zu.

Man schiebt einfach die Verantwortung anderen in die Schuhe. Wie soll da der Bürger*in Vertrauen haben?

Die Kollegen*innen aus dem Nordhorner Stadtrat haben sich vor Monaten, auch zu meiner Überraschung, bereit erklärt, 1/3 der Sanierungskosten, allerdings mit bis max. 1,8 Mill €, zu übernehmen und die jährliche *Defizitabdeckung* von 30.000€ auf 100.000€ zu erhöhen. Diese Tatsache, die Erhöhung der *Defizitabdeckung*, ist, wie man auf FB lesen konnte, nicht allen Mitgliedern der CDU-Kreistagsfraktion bekannt. Da stellt sich doch bei mir und nicht nur bei mir die Frage nach der Informationspolitik innerhalb dieser Fraktion. Auf welcher Grundlage werden denn hier Entscheidungen getroffen?

Hätten wir, die IPG, den heutigen Antrag auf Sanierung der Eissporthalle nicht auf die Tagesordnung setzen lassen, könnten wir heute ohne Aussprache nur zur Kenntnis nehmen, dass der Bürgerentscheid durchgeführt werden wird. Das ist nicht die Politik, die unsere Bürger*innen wollen.

Wie war in letzten Pressemitteilung der JU zu lesen:

„Es wirkt schon so, dass so mancher im Kreis plötzlich seine Leidenschaft für die direkte Demokratie entdeckt hat und es mit der Hoffnung verknüpft, dass das Ganze noch am Quotum der zirka 25.000 Stimmen scheitert“

Diesen Eindruck kann ich nur bestätigen.

Mit der Forderung, einen politischen Beschluss für die Sanierung der Eissporthalle zu fassen, steht die IPG nicht alleine. Das haben sie alle in den Grafschafter Nachrichten deutlich lesen können. Neben der JU fordert auch unter anderem auch die CDU Nordhorn einen positiven Beschluss des Kreisstages, damit dem Bürgerbegehren entsprochen wird.

Alle haben gefordert, wir haben gehandelt und dieses Thema auf die TO gesetzt.

Leider können wir heute nicht über unseren Antrag, die Eissporthalle zu sanieren, abstimmen.

Mit einem Verfahrenstrick im Kreisausschuss, unseren Antrag zu vertragen, drückt man sich erneut vor dieser Entscheidung und schiebt mit der Forderung, die Stadt Nordhorn möge die Deckelung von 1,8 Mill € aufheben, erneut die Verantwortung an die Stadt ab.

Wieder entsteht der Eindruck, dass die Mehrheitsfraktion hofft, dass der Nordhorner Rat diese Deckelung nicht aufhebt, und somit den „Schwarzen Peter“ hat. Das ist ein für mich durchschaubares und schlechtes Spiel.

Werte Mehrheitsfraktion, beziehen sie doch einfach einmal eine klare Position. Sagen sie doch einfach einmal, was sie wirklich wollen. Die Bürger*innen und besonders die enorm aktive Initiative haben ein Recht auf eine klare Aussage.

Lassen sie das „Schwarze-Peter- Spiel“! Taktieren sie nicht weiter!

Wie geht's jetzt weiter?

Wenn Nordhorn sich auf die Forderung des Kreises einlässt, muss kurzfristig ein Kreisausschuss und ein Kreistag einberufen werden mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Sanierung der Eissporthalle“.

So ganz nebenbei: Dürfen wir einmal hören, ob es schon weitere Gespräche zwischen Stadt und Kreis gibt? Gibt es jemanden, der dazu einen Auftrag hat? Wir hören nichts! Das hat mit Offenheit und Transparenz, die Bürger*in zu Recht verlangt, nichts zu tun.

Wenn Nordhorn sich nicht auf das Weglassen der Obergrenze einlässt, wird der Bürgerentscheid durchgeführt und wird hoffentlich nicht so ausgehen, wie sich das einige Politiker*innen offensichtlich erhoffen.

Der BI wünsche ich von dieser Stelle viel Erfolg und sichere Ihnen die volle Unterstützung der Initiative Pro Grafschaft zu.

16.07.2020 Reinhard ten Brink Initiative Pro Grafschaft